



NIEDERSCHRIFT

Sitzung:	Haupt- und Finanzausschuss III/11
Sitzungstag:	Dienstag, den 08.05.2012
Sitzungsort:	Ratssaal des Alten Seminars, Lüdenscheider Str. 48
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	19:56 Uhr

TAGESORDNUNG

1. **Öffentliche Sitzung**
- 1.1. **Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**
 - 1.1.1. Anerkennung der Tagesordnung
 - 1.1.2. Einwohnerfragestunde
- 1.2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse**
Vorlage: M/2012/968
- 1.3. **Genehmigung von Dringlichen Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 2 GO NRW** - entfällt -
- 1.4. **Beschlüsse** - entfällt -
- 1.5. **Beschlüsse aufgrund von Empfehlungen anderer Ausschüsse** - entfällt -
- 1.6. **Empfehlungen an den Rat**
 - 1.6.1. Erlass einer Allgemeinverfügung über das Verbot des Mitführens von Glas und anderen Getränkebehältnissen sowie ein Aufenthaltsverbot an Weiberfastnacht
Vorlage: V/2012/834
 - 1.6.2. I. Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Wipperfürth
Vorlage: V/2012/838
- 1.7. **Anfragen** - keine -
- 1.8. **Anträge** - keine -
- 1.9. **Mitteilungen**
 - 1.9.1. Stadtarchiv; weiteres Vorgehen
Vorlage: M/2012/012

1.9.2. Ausstattung der städtischen Schulen mit weiteren Whiteboards
Vorlage: M/2012/013

1.9.3. Genehmigung der Investitionsprioritätenliste 2012

1.10. Verschiedenes

2. Nichtöffentliche Sitzung

2.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

2.2. Anerkennung der Tagesordnung

2.3. Genehmigung von Dringlichen Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 2 GO NRW

2.3.1. Basisstation zur Regionale 2010 - Ohler Wiesen - Vergabe "Heizanlagen und Wärmereizeuger"
Vorlage: V/2012/821

2.4. Beschlüsse

2.4.1. Regionale Projekt Ohler Wiesen II. BA; Tiefbau- und Garten- und Landschaftsbauarbeiten; Auftragsvergabe
Vorlage: V/2012/839

2.4.2. Verkauf eines städtischen Grundstücks im Gebiet des B-Planes 48.3.a – Gewerbe West – Egener Straße
Vorlage: V/2012/840

2.4.3. Stundung, Niederschlagung und Erlass städtischer Forderungen

2.5. Beschlüsse aufgrund von Empfehlungen anderer Ausschüsse - entfällt -

2.6. Empfehlungen an den Rat - entfällt -

2.7. Anfragen - keine -

2.8. Anträge - keine -

2.9. Mitteilungen

2.9.1. Situation Alte Drahtzieherei
Vorlage: M/2011/916

2.10. Verschiedenes

2.10.1. Rückmeldung aus der Bürgermeistertagung in Marienheide

2.10.2. Grundstücksangelegenheit Bahnstraße / Tennis-Center



Hansestadt Wipperfürth

ANWESENHEITSLISTE

zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses,
am 08.05.2012
von 17:00 Uhr bis 19:56 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

von Rekowski, Michael parteilos Bürgermeister

Ratsmitglieder

Berster, Heribert	CDU	bis TOP 1.9.1, 18.35 Uhr
Billstein, Regina	SPD	ab TOP 1.6.2, 17.23 Uhr
Blechmann, Karin	SPD	ab TOP 1.1.2, 17.03 Uhr
Bongen, Hermann-Josef	CDU	
Brachmann, Peter	SPD	
Dellweg, Friedel	CDU	
Frielingsdorf, Hans-Otto	UWG	
Klett, Stefan	CDU	
Koppelberg, Harald	UWG	
Mederlet, Frank	SPD	ab TOP 1.1.2, 17.05 Uhr
Palubitzki, Lothar	CDU	
Scherkenbach, Friedhelm	CDU	
Schmitz, Andreas	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	
Schnepper, Josef W.	FDP	
Stefer, Michael	CDU	
Stein, Günter	SPD	

Verwaltungsvertreter/in

Hachenberg, Friedrich	intern	StOVR
Trompetter, Frank	intern	Stadtkämmerer
Willms, Herbert	intern	StOAR
Wollnik, Lothar	intern	StVD, bis TOP 1.9.2, 19.02 Uhr

Schriftführer

Breuer, Reinhard	intern	StAR
------------------	--------	------

Es fehlte:

Weingärtner, Bastian	CDU	
----------------------	-----	--

1 Öffentliche Sitzung

1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister **von Rekowski** stellt fest, dass zur heutigen Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist.

1.1.1 Anerkennung der Tagesordnung

Bürgermeister **von Rekowski** bittet, als TOP 1.9.3 eine zusätzliche Mitteilung der Verwaltung zur Genehmigung der Investitionsprioritätenliste in die Tagesordnung aufzunehmen. Mit dieser Ergänzung wird die Tagesordnung, ansonsten in der Form der Einladung, einvernehmlich anerkannt.

1.1.2 Einwohnerfragestunde

Herr Joachim **Mutz** stellt Fragen zur Sicherstellung des Vier-Augen-Prinzips in der Stadtverwaltung, zur Information der Öffentlichkeit über den Ausgang von Gerichtsverfahren gegen einen ehemaligen städtischen Mitarbeiter und zu einem bauaufsichtsrechtlichen Vorgang. Bürgermeister von Rekowski beantwortet diese Fragen, soweit dies in öffentlicher Sitzung möglich ist, ebenso wie eine weitere Frage von Frau Anne **Kuhna** zu der Patenschaft der Grünanlage / Verkehrsinsel Ellersecke.

1.2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

Vorlage: M/2012/968

Der als schriftliche Mitteilung vorliegende Bericht über die Durchführung der Beschlüsse wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

1.3 Genehmigung von Dringlichen Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 2 GO NRW - entfällt -

1.4 Beschlüsse - entfällt -

1.5 Beschlüsse aufgrund von Empfehlungen anderer Ausschüsse - entfällt -

1.6 Empfehlungen an den Rat

1.6.1 Erlass einer Allgemeinverfügung über das Verbot des Mitführens von Glas und anderen Getränkebehältnissen sowie ein Aufenthaltsverbot an Weiberfastnacht

Vorlage: V/2012/834

Beschlussempfehlung an den Rat:

Der Rat der Stadt Wipperfürth erlässt die beigelegte Allgemeinverfügung *) über ein Verbot des Mitführens und der Benutzung von Glasgetränkebehältnissen jeglicher Größe und sonstigen Getränkebehältnissen aus anderen Materialien mit einem Volumen von mehr als 0,35 Litern außerhalb von geschlossenen Räumen sowie ein Aufenthaltsverbot in den festgelegten Bereichen für Weiberfastnacht, jeweils in der Zeit von 10.00 Uhr bis 4.00 Uhr des darauf folgenden Tages.

*) siehe Anlage zur Beschlussvorlage

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.6.2 I. Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Wipperfürth

Vorlage: V/2012/838

Die intensive Diskussion hatte zusammengefasst folgenden Inhalt:

Die **CDU-Fraktion** hält die Änderungsverordnung für einen richtigen Schritt, befürwortet jedoch eine Ausweitung der vom Alkoholverbot erfassten Bereiche um weitere neuralgische Gebiete in der Innenstadt. Sie befürwortet ein weiteres Gespräch mit Vertretern der Ratsfraktionen. Geprüft werden soll auch eine Einbeziehung der Schulgelände. Eine Empfehlung an den Rat sollte heute nicht ausgesprochen werden.

Die **SPD-Fraktion** ist ebenfalls dafür, heute noch keine Beschlussempfehlung an den Rat auszusprechen. Vielmehr sollte die Zeit bis zur Ratssitzung genutzt werden, weitere Gespräche zu führen, unter anderem mit Anliegern anderer in Frage kommender Bereiche, in denen die Betroffenen sich „nur bisher noch nicht“ beschwert haben, zumal mit einer Verdrängung in andere Bereiche gerechnet werden muss. In die Überlegungen sollen auch die Schulen einbezogen werden, die bei den bisherigen runden Tischen nicht beteiligt waren. Mit Restriktionen muss sehr vorsichtig umgegangen werden. Sie anzudrohen, macht keinen Sinn, soweit für entsprechende Kontrollen nicht das erforderliche Personal zur Verfügung steht.

Die **FDP-Fraktion** unterstützt die Verwaltungsvorlage, weil die Vorteile ihrer Meinung nach überwiegen. Sie befürwortet aber eine Ausdehnung der Alkoholverbotzonen um alle zuvor angesprochenen Bereiche.

Die **UWG-Fraktion** unterstützt den Vorschlag der Verwaltung, mit den von ihr vorgeschlagenen Gebieten zu beginnen und bei einem später festzustellenden Bedarf gegebenenfalls eine Ausweitung vorzunehmen. Eine Schwierigkeit wird darin gesehen, nach welchen Kriterien derartige Gebiete überhaupt in die Verordnung aufgenommen werden sollten.

Die **Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen** unterstützt einen weiteren „runden Tisch“, bei dem auch die hauptsächlich von dem Verbot betroffene Gruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu beteiligen ist. Den Bewohnern der an die Verbotszonen angrenzenden Gebiete wird automatisch mehr zugemutet. Es reicht nicht, Verbote zu verhängen, wenn die Gebiete nicht entsprechend kontrolliert und Verstöße nicht geahndet werden können.

Bürgermeister **von Rekowski** erkennt noch zusätzlichen Beratungsbedarf. Auch die Verwaltung sei bereit, die Vorlage noch einmal inhaltlich zu diskutieren und alle Beteiligten erneut einzuladen. Mit den Jugendlichen sei man hoch aktiv in Kontakt, etwa durch den Streetworker, mit den Skatern, mit den Nutzern des Steinkreises. Ein konkretes weiteres Projekt sei in Vorbereitung und wohl im Sommer dieses Jahres verfügbar.

Gegen dieses Vorgehen ergibt sich kein Widerspruch.

1.7 Anfragen - keine -

1.8 Anträge - keine -

1.9 Mitteilungen

1.9.1 Stadtarchiv; weiteres Vorgehen

Vorlage: M/2012/012

Die schriftliche Mitteilung der Verwaltung, die Bestandteil der Einladung war, nimmt der Ausschuss zur Kenntnis.

Bürgermeister **von Rekowski** erläutert in einem kurzen PowerPoint-Vortrag das Wesen und die Bedeutung eines kommunalen Archivs. Er stellt in diesem Zusammenhang dar, dass das Gebäude der ehemaligen Sprachbehindertenschule auf dem Schulhof der KGS St. Nikolaus nach Auffassung der Verwaltung aufgrund aller vorliegenden Rahmenbedingungen als Archiv genutzt werden soll. Für ein Jahr könne das Gebäude noch als Übergangsquartier für die Kindertagesstätte Don Bosco entbehrt werden.

Ratsherr **Mederlet** erinnert daran, dass sich auch der Schulausschuss mit der Nutzung dieses Gebäudes befasst. Es gebe einen eindeutigen Auftrag an die Verwaltung, alternative Standorte für ein Stadtarchiv vorzulegen; dies sei noch nicht geschehen. Seine Fraktion gehe davon aus, dass mit der heutigen Beratung keinesfalls schon eine Vorentscheidung über den Standort des Archivs gefallen sei. Das, was das Planungsbüro zur Schulentwicklungsplanung sage, seien lediglich Empfehlungen. Diesbezügliche Entscheidungen lägen allein bei der Stadt als Schulträgerin. In der Entwicklung der Schullandschaft gebe es derzeit viel Bewegung. Deshalb sollten jetzt noch keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden. Er sei optimistisch, dass in einem Jahr eine gute Entscheidung getroffen werden kann.

Ratsherr **Scherkenbach** erklärt, es sei eindeutig und auch durch das Archivgesetz verpflichtend geregelt, dass die Stadt ein Stadtarchiv einrichten muss. In der

Ratssitzung am 27.03.2012 sei zum Ausdruck gekommen, dass der Rat noch über den Standort eines Archivs entscheiden müsse. Alternativen zum Standortvorschlag Hindenburgplatz seien dem Rat zugesagt worden. Er bezweifelt den ernsthaften Willen der Verwaltung, solche Alternativlösungen aufzuzeigen.

Ratsherr **Koppelberg** erklärt, er habe bereits in der Ratssitzung den Vorschlag eingebracht, bezüglich des Archivs auch Kooperationsmöglichkeiten mit ansässigen Firmen zu untersuchen. Er halte die Nutzung des Gebäudes auf dem Hindenburgplatz nicht für sinnvoll und appelliere dringend an die Verwaltung, Alternativstandorte zu untersuchen. Er halte es auch für eine denkbare Alternative, Kellerräume oder Erdgeschossräume in massiven Bauten, die zur Zeit nicht genutzt würden, entsprechend an die Erfordernisse eines städtischen Archivs anzupassen. Das bisher von der Verwaltung Vorgelegte stelle nur eine Möglichkeit unter sicherlich mehreren vorhandenen dar.

Ratsherr **Stefer** erklärt, das Archivgesetz lasse es ausdrücklich zu, dass nicht jeder Archivträger sein eigenes Archiv anlegen müsse, sondern auch Kooperationen mit anderen Archivträgern möglich sind. In die Darstellung derartiger Archivszenarien gehöre auch hinein, dass man eine Zusammenarbeit mit einem überörtlichen Archivträger in die Betrachtung mit einbezieht. Dies müsse schon im Sinne der Wirtschaftlichkeit geprüft werden.

Ratsfrau **Billstein** erklärt, man sollte nicht nur über die Bedeutung eines Archivs nachdenken, sondern auch über die Notwendigkeit, familienfreundliche Betreuungseinrichtungen vorzuhalten und zu fördern. Sie begründet dies in einem längeren Vortrag.

Bürgermeister **von Rekowski** erklärt, er werde sich selbstverständlich nicht gegen einen langfristig geeigneten anderen Standort für das Stadtarchiv einsetzen. In einem ersten Anlauf seien Alternativstandorte zumindest grob untersucht worden. Entsprechende Untersuchungen durch das Regionale Gebäudemanagements bestätigt und erläutert **StOVR Hachenberg**. Aus der Vorlage ergebe sich, dass ungeachtet der derzeitigen Priorisierung des Standortes Hindenburgplatz die Suche nach einem möglichen Alternativstandort fortgesetzt wird. Stadtkämmerer **Trompetter** weist auf den bereits jetzt bestehenden Raumüberhang in städtischen Gebäuden hin. Von daher sei es durchaus sinnvoll, ein eigenes Gebäude für Archivzwecke zu nutzen. Auch der GPA-Bericht mahne an, dass es einen großen Flächenüberhang allein in der Hauptschule gibt.

Ratsherr **Mederlet** erklärt, es mache keinen Sinn, weitere Untersuchungen nach Standortalternativen anzustellen, wenn sich der Bürgermeister bereits auf einen Standort festgelegt hat. Andererseits gebe es aber immer noch einen klaren Auftrag des Rates an die Verwaltung, Alternativvorschläge zu machen. Das Ergebnis ernsthafter Untersuchungen könne es ja dann durchaus sein, dass es keine vernünftige Alternative zumindest innerhalb eigener Gebäude gibt. Vielleicht sei auch auf diesem Gebiete eine Zusammenarbeit mit der Stadt Hückeswagen möglich. Auch dies sollte geprüft werden. Ratsherr **Scherkenbach** regt an, sich in der ersten Ratssitzung nach der Sommerpause noch einmal intensiv mit dem Archiv-Thema zu beschäftigen. Ratsherr **Brachmann** fordert, dass vor einer Entscheidung auch der Heimat- und Geschichtsverein beteiligt wird.

Bürgermeister **von Rekowski** sagt zu, dass dieses Thema verwaltungsseitig noch einmal intensiv aufgearbeitet wird.

1.9.2 Ausstattung der städtischen Schulen mit weiteren Whiteboards

Vorlage: M/2012/013

Die schriftliche Mitteilung der Verwaltung, die Bestandteil der Einladung war, nimmt der Haupt- und Finanzausschuss zur Kenntnis.

Ratsherr **Scherkenbach** zeigt sich enttäuscht darüber, dass die Verwaltung eine Dringliche Entscheidung ankündigt in einer Angelegenheit, die der Haupt- und Finanzausschuss bei rechtzeitiger Ausschreibung auch in der heutigen Sitzung hätte selbst entscheiden können. Der Sitzungstermin sei lange genug bekannt gewesen.

StVD **Wollnik** teilt mit, welche Gründe aus seiner Sicht dazu geführt haben, dass eine Entscheidung in der heutigen Sitzung nicht möglich war.

1.9.3 Genehmigung der Investitionsprioritätenliste 2012

Bürgermeister **von Rekowski** teilt mit, dass die vom Rat beschlossene Investitionsprioritätenliste (Ratssitzungen vom 31.01. / 27.03.2012) durch die Kommunalaufsicht genehmigt worden sei. Die Freigabe, die vorab per Email übermittelt worden sei, bedeute, dass die darin enthaltenen investiven Maßnahmen nunmehr in Angriff genommen werden können.

Diese Mitteilung wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

1.10 Verschiedenes - entfällt -

2 Nichtöffentliche Sitzung

Michael von Rekowski
- Bürgermeister -

Reinhard Breuer
- Schriftführer -